



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/235 - 9.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Der Kanzler und die Oder-Neiße-Linie	S. 1
Der ägyptisch-britische Konflikt	S. 3
Flivier: Totgehetzte Friedenspropaganda	S. 4
VDS-Delegiertenwahlen	S. 5

Ein böser Rest von Zweifeln

P.R. In den letzten Tagen ist die Frage der Oder-Neiße-Linie erneut in die Debatte geworfen worden. Zunächst lehnte Grotewohl jede Revisionsmöglichkeit strikt ab. Dann äußerte sich, in der Entgegnung auf diese Stellungnahme, der Bundeskanzler in Berlin dazu, und am 9. Oktober hat Schumacher festgestellt, die Sozialdemokratie habe schon 1945 als erste Partei den unverzichtbaren Anspruch Deutschlands auf die Wiedervereinigung mit diesem Gebiet erhoben; sie begrüße, daß die amtliche deutsche Außenpolitik sich zu diesem Ziel bekenne, sie bedaure aber, daß bei dieser Feststellung deutscher Einheitsziele das Saargebiet nicht genannt worden sei.

Den Nachdruck muß man wohl auf das Wort "Ziel" legen, im Gegensatz zu der konkreten taktischen Aufgabe, die uns im Augenblick gestellt ist - alle Möglichkeiten für die Herbeiführung freier gesamtdeutscher Wahlen auszuschöpfen und die ostsonalen Amtstellen bzw. Moskau zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Dieser Aufgabe hat der Bundeskanzler mit dem Hinweis auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße in diesem Augenblick nicht gedient. Politische Kreise, die ihm nahestehen, haben offenbar selbst das Gefühl von der Notwendigkeit gehabt, einige erläuternde Worte zu sagen und zum Beispiel darauf hinzuweisen, daß gerade im Hinblick auf die neu erhobene Forderung Grotewohls

eine entsprechende klare Entgegnung durch den Kanzler unerlässlich gewesen sei, da die Zustimmung der Bundesregierung zu gesamtdeutschen Wahlen niemals die Anerkennung des Verzichtes auf die deutschen Ostgebiete bedeuten könne.

Natürlich kann sie das nicht. Aber selbst Grotewohl hat dies nicht verlangt, vielmehr hat er noch einmal die altbekannte und niemals von irgend jemandem im Westen anerkannte Forderung, losgelöst und für sich stehend, erhoben, ohne eine direkte Bezugnahme auf die Frage der gesamtdeutschen Wahlen.

Es war unglücklich, daß dieser Passus der Adenauer-Rede sehr bald nach einer Veröffentlichung im "Rheinischen Merkur" erfolgte, die auf den Vorschlag hinauslief, gesamtdeutsche Wahlen sollten lieber unterbleiben, weil dadurch nur die Gefahr heraufbeschworen werde, daß Adenauer stürzen könnte. Diese zeitliche Nähe der Äußerungen des Kanzlers und der ihm besonders nahestehenden Wochenschrift läßt nämlich viele politische Beobachter vermuten, Adenauer habe die Frage der Oder-Weißelinie gerade in diesem Augenblick erwähnt, um, entsprechend seiner ursprünglichen, auf vorbehaltlose Ablehnung des seinerzeitigen Grotewohl-Briefes gerichteten Einstellung, schon den Beginn einer immerhin möglichen Einheitsentwicklung in Deutschland auf das schwerste zu behindern, dem ganzen Unternehmen von Anfang an jede Chance zu nehmen.

Jedenfalls hatte der Kanzler keinen Anlaß, in Berlin in der Sache über das hinauszugehen, worauf sich Regierung und Bundestag geeinigt hatten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang ein Bericht aus Paris, in dem es heißt, französische Regierungskreise lobten weder den Kanzler, noch tadelten sie ihn wegen seiner Forderung (nach der Revision der Oder-Weißelinie). Ob das daher komme, daß diese Forderung das Scheitern der deutschen Einigungsversuche darstellen werde, lasse sich im Augenblick nicht sagen.

Man kann die Sache drehen wie man will - es bleibt ein böser Rest von Zweifeln an der Aufrichtigkeit der gesamtdeutschen Konzeption des Kanzlers. Er wirkt umso peinlicher, als die erwähnten, vielerorts vermuteten Absichten Dr. Adenauers in Gewande ernster vaterländischer Besorgnis erscheinen.

Nach Persien - Ägypten

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Welle der Zerbröckelung des Britischen Weltreiches setzt sich von Indien über Persien nach Ägypten fort. Nur der petroleumreiche Irak bildet - wie lange noch - eine Ausnahme. Zur gleichen Zeit, da der persische Ministerpräsident Mossadek sich anschickt, vor dem Sicherheitsrat der UNO den Schlußakt der persischen Tragödie zu inszenieren, kündigte Ägypten an, daß es den 1936 auf 20 Jahre abgeschlossenen anglo-ägyptischen Vertrag für null und nichtig erklärt.

Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Das ägyptische Verlangen ist eine neue und zusätzliche Belastung für die Labour-Regierung.

Die einseitige Aufhebung völkerrechtlich bindender Verträge gehört zu den Eigentümlichkeiten unserer Zeit. Der ägyptische Ministerpräsident Nahas Pascha beruft sich darauf, daß das Abkommen, das Großbritannien das Recht zur Stationierung britischer Truppen in der Suez-Kanal-Zone und zur Verwaltung des Sudans gab, unter Druck zustande kam und seitdem von England wiederholt verletzt wurde. Nahas Pascha nennt nicht die Natur dieser Verletzungen ... Wohin würde es aber führen, wenn jeder Staat, der international gültige Verträge abschließt, zu jedem ihm passenden Zeitpunkt sich ihrer wieder entledigen kann? Damit wäre der internationalen Anarchie Tür und Tor geöffnet.

Die Stellung Großbritanniens ist nicht nur juristisch stark. Zum Unterschied von Persien stehen auf Gebieten, die Ägypten nun für sich allein beansprucht, britische Truppen. Zwischen der Forderung nach Aufhebung des Vertrages und ihrer Verwirklichung liegt ein weiter Weg, den Kairo nicht allein beschreiten dürfte. Der Westen konnte im Notfall auf das persische Öl verzichten. Raffinerien, wie die nun stillgelegte von Abadan, lassen sich auch anderswärts errichten. Den Suez-Kanal, die Lebensader des westlichen Verkehrs, kann man aber nicht verlegen. Geographische, politische und wirtschaftliche Tatsachen begrenzen den Ehrgeiz König Faruks und des ägyptischen Nationalismus.

Nicht Großbritannien allein, mag es auch in seiner imperialistischen Vergangenheit viele Sünden aufgehäuft haben, ist durch diesen neuesten Schlag gegen seine Weltgeltung betroffen. England behütet heute die Eingangspforte vom Mittelmeer zum Indischen Ozean und seine Anwesenheit in diesem strategischen Kerngebiet der Erde allein verhindert die Entstehung eines machtpolitischen Vakuums. Damit bekommt der ägyptisch-britische Konflikt eine Bedeutung, die nicht allein Kairo-London angeht. Der gesamte Westen ist darin verwickelt. Er dürfte es nicht zulassen, daß hier ein Brand entsteht, der den ganzen Mittelosten in Flammen setzt. Die Beilegung dieser Krise wird lange und peinlich sein, aber ihrer Ausdehnung zu einem weltweiten Konflikt sind durch das überragende Interesse der Westmächte - man denke nur an das arabische Öl - Grenzen gesetzt.

+ + +

Theodor P l i v i e r :

Hier hat die Propaganda eine Schlacht verloren

Im Zuge der über die Sowjetgrenzen hinübergreifenden politischen Aktionen ist immer wieder von der "traditionellen sowjetischen Friedenspolitik" die Rede und eine gewisse Propaganda und ihre Nachbeter werden nicht müde, diese Phrase zu wiederholen. Wie aber steht es in Wirklichkeit damit und was ist - wenn bis zu einem gewissen weit zurückliegenden Zeitpunkt solche Tradition zugegeben werden möchte - heute dazu zu sagen ?

Um damit zu beginnen, ist zwischen Friedenspropaganda und Friedenspolitik, zwischen Wort und Tat zu unterscheiden; und es ist klar, daß nicht die Worte, daß einzig und allein die Taten wiegen und für die Zukunft eine Bedeutung haben können. Im Idealfall decken Wort und Tat oder doch Wort und Absicht einander; im entgegengesetzten Fall sind Worte nur dazu da, um Taten und Absichten zu verschleiern.

Nun, an Friedensworten hat es nicht gefehlt, an Friedenstaten umso mehr, und nachdem die ganze Welt das russische "Njet" hat lernen müssen, nachdem der Begriff "Veto" zu einer unheilvollen Bedeutung gelangte, nachdem selbst 267 Sitzungen dem kleinen Österreich keinen Friedensvertrag einbrachten, nachdem jede Konferenz der Großmächte zu einem Geduldspiel wurde und auch die Waffenstillstandsverhandlungen in Kaesong über alle Phasen einer Verzögerungstaktik hinweg bis zu Verhandlungen über Aufnahme von Verhandlungen ausarteten - nach so viel Leerlauf und Friedenssabotage und exerzierter Expansion, nach so viel Vergewaltigung und Tränen in den sowjetisch beherrschten Ländern, hat der Begriff "traditionelle sowjetische Friedenspolitik" an Begehrungsfähigkeit eingebüßt, hat überhaupt jede Fähigkeit verloren, ein Echo in den Völkern erwecken zu können und ist zu einem Schlagwort unter anderen geworden. Der Begriff wurde zu Tode gehetzt und taugt nicht einmal mehr dazu, die wirklichen Absichten zu verschleiern. Es bleibt nur übrig, festzustellen: Hier hat die Propaganda eine Schlacht verloren !

+ + +

9. Oktober 1951

Leutnant Schulze und Gefreiter Meier sind an der Reihe

(sp) Die Wahlen der Delegierten für den im November vorgesehenen Gesamtkongreß des Verbandes deutscher Soldaten haben begonnen. Das bedeutet so ziemlich die letzte Chance, daß aus dem Verein randalisierender Generäle noch der deutsche Soldatenverband wird. In den örtlichen Gruppen und in den einzelnen Bünden des VDS können die Soldaten aller Dienstgrade, die nicht bereit sind, die höchstpersönlichen Geschäfte einer bestimmten exklusiven Generalität a.D. zu besorgen, noch Delegierte wählen, die tatsächlich nur die Interessen der einstigen Soldaten vertreten sollen. Die Gefreiten oder Unteroffiziere Meier, die Leutnants oder Haupttränner Schulze müssen den nicht einmal mehr hintergründigen Exgeneralen entgegengestellt werden. Nur dann kann verhindert werden, daß im November irgendein Friessner oder irgendein mit der ehemaligen SS paktierender Guderian mittelbar den Auftrag zur Generalattacke gegen unsere Staatsordnung und damit gegen die Millionen erhält, die einmal Soldaten waren und heute als Bürger im Kampf um ihre Existenz stehen.

Die Parteien sollten nicht versäumen, sie hinter ihnen stehenden Soldaten von einst auf die jetzt noch bestehende Chance hinzuweisen. Es sind ja nicht mehr einzelne Entgleisungen, die den VDS diskreditiert haben, sondern es ist Tradition, Geist und Willen der bisherigen Führungselite, die sich in der Wirkung ihrer Handlungen näher neben Remer stellt als zu irgendeinem Mann oder einer Kraft, die sich nicht in einer Rückkehr zur Vergangenheit erschöpfen. Wir rufen den Gefreiten Meier und den Leutnant Schulze aus seiner resignierenden Zurückhaltung hervorzutreten, und sich auch nicht nur angewidert von jener Generalsclique zu wenden. Es geht um die Repräsentanz der deutschen Menschen, die einmal Soldat waren. Neben ihrer politischen Vertretung durch die Parteien soll ein gesonderter Verband ihre Interessen vertreten. Seine Handlungen und Erklärungen werden nicht nur im Ausland als eine Äußerung der deutschen Soldaten gewertet werden. Es gilt zu verhindern, daß der Diffamierung des deutschen Soldaten durch andere eine neue Diffamierung durch deutsche Generale hinzugefügt wird.

Verantwortlich: Peter Raunau